

## **Antrag**

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Marco Schulz, Thomas Reich und Olga Petersen (AfD)**

**Betr.: Hafen-Deal mit MSC einer kritischen Prüfung unterziehen und für den  
Hamburger Hafen die besten Konditionen verhandeln**

Senat und die weltweit größte Container-Reederei Mediterranean Shipping Company (MSC) haben am 13. September 2023 einen verbindlichen Vorvertrag unterzeichnet, der darauf abzielt, MSC 49,9 Prozent der Anteile an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) zu verschaffen. Nach Bekanntwerden des Deals stellte sich jedoch schnell heraus, dass MSC nicht der einzige Interessent ist, der sich einen Einstieg bei der HHLA vorstellen kann: Sowohl der deutsche und Hamburger Unternehmer Klaus-Michael Kühne (dem die Kühne Holding AG vollständig und die Hapag-Lloyd AG zum Teil gehört) als auch der EUOKAI-Konzern haben Interesse an einem Einstieg bei der HHLA verkündet.

Zwar ist es grundsätzlich zu begrüßen, einen privaten Investor im Hamburger Hafen einsteigen zu lassen. Doch durch die abrupte einseitige Festlegung auf MSC riskiert der Senat, potenzielle Chancen für die Entwicklung des Hafens und möglicherweise auch bessere Konditionen, die man durch kompetitive Verhandlungen erreichen könnte, zu verspielen. Nach Kenntnis der Antragsteller fanden ernsthafte Gespräche und Verhandlungen mit den Konkurrenten von MSC nie statt. Um weitere potenzielle Investoren hat sich der Senat offenbar ebenfalls nicht bemüht.

Hinzu kommt, dass eine so wichtige Entscheidung zur Änderung der Eigentümerstruktur an der HHLA, der drei von vier Containerterminals am Hafen gehören, nicht leichtfertig getroffen werden sollte. Eine gründliche Analyse aller Auswirkungen ist notwendig: im Hinblick auf den Containerumschlag, das potenzielle Abschrecken von Unternehmen, die bereits im Hafen beteiligt sind, Arbeitnehmerrechte und außen- wie geopolitische Erwägungen. Auch alternative Beteiligungsmodelle, bei denen die Stadt Mehrheitseigentümerin bleibt, sollten geprüft werden. Und schließlich ist es auch nicht hinnehmbar, dass der Vorvertrag nach jetzigem Stand geheim und der Bürgerschaft nicht zugänglich ist, diese aber am Ende des Prozesses eine belastbare Entscheidung darüber treffen muss, ob die Stadt mehrere Millionen ihrer Aktien an der HHLA an einen privaten Investor überträgt.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. den mit der Mediterranean Shipping Company (MSC) geschlossenen Vorvertrag offenzulegen oder, falls der Offenlegung zwingende rechtliche Gründe oder überragende Gründe des Staatswohls entgegenstehen, den Wirtschaftsausschuss der Bürgerschaft in geheimer Sitzung über alle Inhalte des Vorvertrags zu informieren,
2. neben den Verhandlungen mit MSC umgehend auch mit der Hapag-Lloyd AG beziehungsweise der Kühne Holding AG sowie mit der EUOKAI GmbH & Co. KGaA in ernsthafte Verhandlungen über eine Minderheitsbeteiligung an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) einzutreten,

3. den Hintergrund jedes potenziellen Investors zu prüfen und zu analysieren und zu prüfen, ob daneben weitere potenzielle private Investoren für Verhandlungen über eine Minderheitsbeteiligung an der HHLA gewonnen werden können,
4. zu prüfen und in den Verhandlungen mit allen potenziellen Investoren auszuloten, ob im Rahmen einer Minderheitsbeteiligung an der HHLA auch ein Einstieg mehrerer großer Investoren statt nur eines einzigen Investors realisierbar wäre,
5. eine Risikoanalyse im Hinblick darauf vorzunehmen und vorzulegen, wie sich der Einstieg eines einzigen potenziellen Investors als maßgeblicher Minderheits-eigentümer auf den Containerumschlag am Hafen und die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Hafens wahrscheinlich auswirken wird,
6. die vertraglichen Bindungen mit allen am Hafen und ihren Terminals beteiligten Unternehmen darauf zu prüfen, ob diese auch im Falle einer größeren Minderheitsbeteiligung eines potenziellen Investors an der HHLA fortgesetzt werden können, und schon jetzt belastbare Zusicherungen hinsichtlich einer solchen Fortsetzung von den Vertragspartnern zu erbitten,
7. von Nummer 6 jedoch COSCO auszunehmen und für den Fall einer größeren Minderheitsbeteiligung an der HHLA durch einen potenziellen Investor zu prüfen, wie eine Aufhebung der Beteiligung von COSCO am Terminal Tollerort gestaltet werden könnte,
8. im Hinblick auf die Situation der Arbeitnehmer am Hafen als ausführendes Organ der Mehrheitseigentümerin für einen konkreten Zeitraum eine verbindliche politische Garantie darüber abzugeben, dass Stellen erhalten bleiben und soziale und tarifvertragliche Standards nicht abgesenkt werden,
9. zusammen mit dem Auswärtigen Amt über die außenpolitischen und geopolitischen Implikationen einer größeren Minderheitsbeteiligung eines potenziellen Investors an der HHLA zu beraten,
10. der Bürgerschaft bis zum 5. Dezember 2023 zu berichten.